

Fragen

für die Fragestunde der 72. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 30. November 2022

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	51	Koob, Markus (CDU/CSU)	10
Al-Dailami, Ali (DIE LINKE.)	29	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	20, 21
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26	Kuban, Tilman (CDU/CSU)	14, 15
Brandner, Stephan (AfD)	4, 5	Leikert, Katja, Dr. (CDU/CSU)	3, 39
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	11, 24	Mayer, Stephan (Altötting) (CDU/CSU)	7, 37
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	16, 17	Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	47
Geissler, Jonas, Dr. (CDU/CSU)	8	Pellmann, Sören (DIE LINKE.)	23
Glaser, Albrecht (AfD)	18, 19	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 48
Görke, Christian (DIE LINKE.)	42, 43	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	31, 32
Gramling, Fabian (CDU/CSU)	27, 35	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	22, 53
Grübel, Markus (CDU/CSU)	2	Renner, Martina (DIE LINKE.)	38, 50
Gürpınar, Ates (DIE LINKE.)	33, 34	Röttgen, Norbert, Dr. (CDU/CSU)	13, 52
Hardt, Jürgen (CDU/CSU)	9	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	40, 41
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	12, 28	Schattner, Bernd (AfD)	30, 46
Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	6, 49	Seidler, Stefan (fraktionslos)	36
		Spahn, Jens (CDU/CSU)	44, 45

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	11
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	14

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)

Bedauert die Bundesministerin des Auswärtigen das Abhängen eines Kreuzes im Friedenssaal Münster vor dem G7-Gipfel aus dem Grund, weil sie der Auffassung ist, Kultur und Tradition unseres Landes selbstbewusst auch gegenüber anderen Staaten vertreten zu wollen, oder was konkret ist damit gemeint, wenn sie davon spricht, „Es wäre gut gewesen, wenn es [Anm.: das Kreuz] nicht weggeräumt worden wäre“ (vgl. Vatican News vom 3. November 2022 – www.vaticannews.va/de/kirche/news/2022-11/kreuz-abgenommen-g7-friedenssaal-muenster-kritik-bistum-baerbock.html, abgerufen am 8. November 2022)?
2. Abgeordneter
Markus Grübel
(CDU/CSU)

Wie soll das Referat Religion und Außenpolitik (Referat 612) im Auswärtigen Amt nach Beendigung der Beratungskoope­ration mit Vertretern der Religionsgemeinschaften (www.domradio.de/artikel/aus-fuer-beratung-durch-religionsvertreter-im-auswaertigen-amt), auch im Hinblick auf (noch) bestehende Förderungen, künftig aufgestellt werden, um die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP getroffene Vereinbarung umzusetzen, den Bereich Religion und Außenpolitik zu verstärken?
3. Abgeordnete
Dr. Katja Leikert
(CDU/CSU)

Wie äußert sich die Bundesregierung zu den Vorwürfen und Presseberichten (<https://de.euronews.com/2022/11/09/nur-cop-27-nebenthema-agypten-und-die-menschenrechte>), Menschenrechte im Gastland hätten bei der COP27 (Weltklimakonferenz) in Ägypten nur eine Nebenrolle gespielt, und mit welchen Benchmarks will die Bundesregierung die Entwicklung der Menschenrechte in Ägypten im Nachgang zu COP27 werten und nachvollziehen?
4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Bestehen nach Ansicht der Bundesministerin des Auswärtigen Grenzen für die von ihr gegenüber der Ukraine versicherten jahrelangen Unterstützung (www.spiegel.de/politik/ukraine-krieg-anna-baerbock-sichert-kiew-jahrelange-unterstuetzung-zu-a-82e70a71-e501-4704-a0a3-b1aae0045b80), und falls ja, um welche handelt es sich hierbei konkret?
5. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Was genau qualifiziert nach Ansicht der Bundesaußenministerin die bisherige Chefin von Greenpeace International, Jennifer Morgan, für die Position als Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik im Auswärtigen Amt?

6. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Welche Überlegungen haben das Auswärtige Amt bewogen, der Lieferung von Ausrüstung und Bewaffnung von Kampfflugzeugen sowie Munition an Saudi-Arabien zuzustimmen, obwohl bekannt ist, dass Saudi-Arabien derartige Waffentechnik im Jemen „auch immer wieder systematisch gegen zivile Ziele“ (Max Mutschler, Bonner International Center for Conversion) einsetzt?
7. Abgeordneter
Stephan Mayer
(**Altötting**)
(CDU/CSU)
- Wie lang war in den Jahren 2020 und 2021 und in den ersten zehn Monaten, Januar bis Oktober 2022, die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der Bearbeitung der gestellten Visa-Anträge (einzelne Visa-Arten auführen) an dem deutschen Generalkonsulat in Istanbul, und wie hoch war jeweils die Ablehnungsquote?
8. Abgeordneter
Dr. Jonas Geissler
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die deutsche Bundesregierung, um die USA bei der Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo Bay zu unterstützen?
9. Abgeordneter
Jürgen Hardt
(CDU/CSU)
- Was hat sich an der konkreten Einsatzlage in Mali geändert und zum Bruch der Linie des Auswärtigen Amts seit Regierungsantritt, dass der MINUSMA-Einsatz in Mali auch militärisch fortgeführt werden sollte (www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-bt-minusma/2526052) geführt, und warum setzte sich die mandatskritische Haltung des Bundesministeriums der Verteidigung (www.n-tv.de/politik/Lambrecht-setzt-Bundeswehr-Einsatz-in-Mali-aus-article23521995.html; www.rnd.de/politik/verteidigungsminister-in-in-mali-zweifel-bei-weiterer-zusammenarbeit-lambrecht-erwartet-klarheit-bis-54G3XNRN67JRVMNQC52EMMVXHI.html; www.tagesschau.de/ausland/afrika/mali-265.html) nunmehr durch?
10. Abgeordneter
Markus Koob
(CDU/CSU)
- Welche Anstrengungen unternimmt das Auswärtige Amt, um das immer erfolgreichere nordkoreanische Raketenprogramm zu stoppen, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung gegenüber Nordkorea nach dem jüngsten Start einer Hwasong-17-Rakete, die sogar die USA atomar bedrohen kann (www.nzz.ch/international/nordkorea-hat-sein-waffenarsenal-stark-ausgebaut-ld.1713429)?

11. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Wie viele Aufnahmezusagen wurden bislang im Rahmen des am 17. Oktober 2022 gestarteten Bundesaufnahmeprogramms (BAP) für gefährdete Menschen aus Afghanistan (www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/afghanistan-node/-/2558672) oder seitdem weiterhin nach § 22 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes erteilt (bitte differenzieren, zu Letzterem vgl. zuletzt meine Frage 26, Plenarprotokoll 20/65, Seite 7456), und was entgegnet das Auswärtige Amt der Kritik, wonach das „zögerliche“ Verhalten und die „unklare Kommunikation“ der Bundesregierung, etwa in Bezug auf die anscheinend noch immer nicht veröffentlichte Aufnahmeanordnung und fehlende Informationen zu meldeberechtigten Stellen oder dazu, dass noch keine individuellen Anträge gestellt werden können, zu „Chaos“, falschen Hoffnungen und Betrugsversuchen geführt habe, was von der Zivilgesellschaft aufgefangen werden müsse (vgl. <https://taz.de/!5889094/>, hiernach habe die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock zum Start des BAP eingeräumt, dass es noch „Baustellen“ gebe; bitte begründen)?
12. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was ist nach Kenntnis der Bundesregierung die aktuelle Funktion und Aufgabe des NATO-Bunkers bei Linnich im Kreis Düren, wo nach mir bekannt gewordenen Angaben von Anwohnerinnen und Anwohnern verstärkte Aktivitäten stattfinden, und wie haben sich die Funktion, Aufgabe und Nutzung von Beginn des Jahres bis heute, beispielsweise durch die mögliche Aktivierung der sog. Graduated Response Plans, verändert bzw. entwickelt?
13. Abgeordneter
Dr. Norbert Röttgen
(CDU/CSU)
- Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass die Islamischen Revolutionsgarden auf die EU-Terrorliste gesetzt werden?
14. Abgeordneter
Tilman Kuban
(CDU/CSU)
- Welche weiteren Sanktionsmaßnahmen sieht und plant das Auswärtige Amt für ein mögliches neuntes Sanktionspaket gegen Russland angesichts der derzeitigen Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur?
15. Abgeordneter
Tilman Kuban
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen – über die bei der Geberkonferenz für Moldau in Paris zugesagten deutschen Gelder hinaus – plant das Auswärtige Amt, um der proeuropäischen Regierung Moldaus in der derzeitig schwierigen Lage zu helfen?

16. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Position des US-Generalstabschefs Mark Milley, dass die Zeit für Friedensverhandlungen im Ukraine-Konflikt gekommen ist, vor dem Hintergrund, dass „die Wahrscheinlichkeit eines ukrainischen militärischen Sieges der Ukraine, definiert als Rauswurf der Russen aus der gesamten Ukraine, einschließlich der von ihnen beanspruchten Krim (...)“ militärisch gesehen in naher Zukunft nicht sehr hoch sei (www.tagesspiegel.de/politik/milleys-unbequeme-wahrheit-der-oberste-us-militar-glaubt-nicht-an-einen-schnellen-sieg-der-ukraine--und-lost-argen-aus-8887591.html und www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-russland-krieg-general-milley-usa-100.html)?
17. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung mit Blick auf die wiederholten völkerrechtswidrigen Angriffe der Türkei auf Syrien ein Waffenembargo gegen das NATO-Mitglied Türkei, das einen kompletten Ausfuhrstopp für bereits genehmigte Rüstungslieferungen umfasst, wie auch keine weiteren Genehmigungen für die Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungslieferungen (www.zdf.de/nachrichten/politik/tuerkei-bombenangriff-irak-syrien-kurden-100.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

18. Abgeordneter
Albrecht Glaser
(AfD)
- Warum hat die Bundesregierung in Ressortzuständigkeit des Bundesministers der Justiz und – konkret in Person des Parlamentarischen Staatssekretärs Benjamin Strasser – auf meine Schriftliche Frage (73 auf Bundestagsdrucksache 20/4209 vom 20. Oktober 2022) nach der Anzahl der Notare, unterschieden nach biologischem Geschlecht der Berufsträger, entgegen nach meiner Wahrnehmung bestehender genauer Kenntnis aufgrund entsprechender Meldung der Bundesnotarkammer an das Bundesministerium der Justiz auf Grundlage § 77 Absatz 2, § 78 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2, § 90 der Bundesnotarordnung nach meiner Auffassung nicht ordnungsgemäß und vollständig geantwortet?

19. Abgeordneter
Albrecht Glaser
(AfD)
- Weshalb hat die Bundesregierung in Ressortzuständigkeit des Bundesministers der Justiz – konkret in Person des Parlamentarischen Staatssekretärs Benjamin Strasser – auf meine Schriftliche Frage 72 auf Bundestagsdrucksache 20/4209 vom 20. Oktober 2022 nicht mitgeteilt, dass die dem Bundesministerium der Justiz durch die Bundesnotarkammer mitgeteilte Statistik nach meiner Kenntnis auch nach dem biologischen Geschlecht der Notarinnen und Notare unterscheidet?
20. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Kann die Bundesregierung den Einsatz der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung ausschließen, und in welchem Zeitraum müssten Unternehmen beim angestrebten Quickfreeze-Verfahren die Daten vorhalten (<https://netzpolitik.org/2022/vorratsdatenspeicherung-innenministerin-auf-abwegen/>)?
21. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Gibt es seitens der Bundesregierung konkrete Pläne für eine Versicherungspflicht gegen Naturgefahren (www.svr-verbraucherfragen.de/)?
22. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Bedarf für eine Reform des AGB-Rechts im unternehmerischen Geschäftsverkehr, und bis wann und inwieweit beabsichtigt sie, der auf der Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder am 10. November 2022 beschlossenen Bitte, konkrete Vorschläge für eine Reform des AGB-Rechts im unternehmerischen Geschäftsverkehr zu erarbeiten, Folge zu leisten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

23. Abgeordneter
Sören Pellmann
(DIE LINKE.)
- Wann plant die Bundesregierung die Einrichtung des im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigten Bundeskompetenzzentrums Leichte Sprache/Gebärdensprache (vgl. Koalitionsvertrag, Seite 78), und zu welchem Zeitpunkt beginnt die Beteiligung von Betroffenen zur Konzeptionierung des Kompetenzzentrums?

24. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) durch Anwendungshinweise zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 19. Oktober 2022 (1 BvL 3/21) zur Verfassungswidrigkeit der Regelung nach § 2 Absatz 1 Satz 4 Nummer 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) oder auf anderem Wege gegenüber den Bundesländern und Kommunen anregen, die Vorgaben des BVerfG auch bei der Gewährung von Grundleistungen nach den §§ 3 bzw. 3a AsylbLG anzuwenden, vor dem Hintergrund, dass eine solche Vorgehensweise meines Erachtens nicht nur inhaltlich geboten ist, sondern auch helfen könnte, die Leistungsträger zu entlasten, weil andernfalls die Betroffenen absehbar Widersprüche, Anträge und/oder Rechtsmittel unter Berufung auf das o. g. Urteil des BVerfG einlegen werden, um ihre etwaigen Ansprüche zu sichern (bitte begründen), und welche Konsequenzen werden im BMAS daraus gezogen, mit Blick auf die künftige Gesetzgebung, aber auch hinsichtlich möglicher Versäumnisse und Fehler in Bezug auf die vom BVerfG als verfassungswidrig beanstandete Regelung, da diese beschlossen wurde, obwohl bereits bei der Verbändebeteiligung und im Gesetzgebungsverfahren von einer Vielzahl von Verbänden fast ausnahmslos auf deren Verfassungswidrigkeit hingewiesen worden war (vgl. Randnummer 15 des genannten Beschlusses, bitte ausführen)?
25. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um einer befürchteten Anrechnung der geplanten Gas-Einmalzahlung auf den Hartz-IV-Satz vorzubeugen (www.derwesten.de/politik/hartz-4-gaspreisdeckel-energie-einmalzahlung-geld-jobcenter-scholz-krise-p-id300057412.html), und wenn ja, welche?
26. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unternimmt die Bundesregierung Maßnahmen vor dem Hintergrund, dass Hartz-IV-Leistungsbezieherinnen und -bezieher durch anfallende hohe Strom- und Gaskosten Gefahr laufen, von den Jobcentern in ihren Wohnungen als nicht mehr angemessen erachtet zu werden, und ihnen droht, von den Jobcentern zum Umzug aufgefordert zu werden (www.fr.de/wirtschaft/hartz-4-iv-strom-gas-preise-kosten-jobcenter-inflation-arbeitslosigkeit-finanzen-news-91703529.html), und wenn ja, welche?

27. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, die Möglichkeit eines befristeten Arbeitsaufenthaltes für Saisonarbeitskräfte aus Drittstaaten zu schaffen, die die Anforderungen für einen betriebsinternen ICT-Austausch (ICT – Intra Corporate Transfer) nicht erfüllen, und wenn ja, wann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

28. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- An welchen Übungen waren der Flugplatz Nörvenich und dort stationierte Verbände, Einheiten oder Teileinheiten nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2022 beteiligt, und wie viele Starts und Landungen erfolgten am Fliegerhorst Nörvenich, wo es nach mir bekannt gewordenen Angaben von Anwohnerinnen und Anwohnern zu verstärktem Flugaufkommen im September, Oktober und November 2022 kam?
29. Abgeordneter
Ali Al-Dailami
(DIE LINKE.)
- Wie viele Mängel am F-35-Kampffjet bestehen nach jüngsten, der Bundesregierung vorliegenden Informationen von US-Amtsseite (insgesamt und davon kritische Mängel), und von welcher US-Behörde wurden diese Informationen übermittelt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

30. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Wie möchte die Bundesregierung das zukünftige Ausschreibungsverfahren der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH an die Landwirte gestalten, und sind Pachtpreise von bis zu 1.000 Euro/ha Richtwert für Junglandwirte aus Sicht der Bundesregierung zu stemmen (www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/159-bvvg.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

31. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Wie viele Schutzmasken (bitte aufschlüsseln nach medizinischen, FFP2- und FFP3-Masken) hat das Bundesministerium für Gesundheit seit Beginn der Corona-Pandemie im Rahmen der Bevorratung der Nationalen Gesundheitsreserve angeschafft (bitte unter Angabe des Gesamtpreises), und wie viele dieser Masken sind bereits (Stand: 17. November 2022) oder werden zum Stichtag 30. April 2023 verfallen und müssen bzw. mussten entsprechend vernichtet werden?
32. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Auf Grundlage welcher faktenbasierten Annahmen und Planungsszenarien geht die Bundesregierung, nachdem sie laut von an mich herangetragenen Hinweisen angekündigt hat, die Corona-Impfschutzverordnung entgegen ihrer vorherigen Aussage nicht zu verlängern, sondern die SARS-CoV-2-Schutzimpfungen ab dem 1. Januar 2023 in die Regelversorgung zu überführen, davon aus, dass die ärztliche Selbstverwaltung und die Kassen rechtzeitig zum 1. Januar 2023 die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen für die Überführung in die Regelversorgung schaffen, und welchen Plan verfolgt die Bundesregierung, wenn dies bis zum 1. Januar 2023 vonseiten der Selbstverwaltung organisatorisch-technisch nicht umgesetzt werden kann, um nicht zu riskieren, dass im Winter keine SARS-CoV-2-Schutzimpfungen mehr verabreicht werden können?
33. Abgeordneter
Ates Gürpınar
(DIE LINKE.)
- Wie viele pädiatrische Kliniken erhalten nach Kenntnis der Bundesregierung ihre Vergütung als besondere Einrichtung nach § 17b des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) (bitte die Gesamtzahl und den prozentualen Anteil an allen pädiatrischen Kliniken angeben), und aus welchen Gründen sind diese von den vorgesehenen Zuschlägen und dem Mindererlösausgleich für stationäre pädiatrische Behandlungen, wie sie im § 4a KHG vorgesehen sind, welche durch den Änderungsantrag 13 (Ausschussdrucksache des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages – 20(14)63.2) zum Krankenhauspflegeentlastungsgesetz geschaffen werden soll, ausgeschlossen?

34. Abgeordneter
Ates Gürpinar
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die jährlichen Ausgaben für alle auf die Geburtshilfe bezogenen Fallpauschalen, die die Krankenhäuser dem Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK GmbH) melden (bitte die jährlichen Ausgaben ab 2011 angeben), und wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der durchschnittliche prozentuale Anteil an Hebammen, die auf Geburtsstationen eingesetzt werden?
35. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung im Bereich der Alten- und Krankenpflege konkrete Reformvorhaben (bitte die geplanten Reformen sowie die Planungshorizonte angeben), und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

36. Abgeordneter
Stefan Seidler
(fraktionslos)
- Welche Behörde ist für den Ausbau der Mobilfunkabdeckung in der Deutschen Bucht zuständig, und welche Maßnahmen sind zum Ausbau geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

37. Abgeordneter
Stephan Mayer
(**Altötting**)
(CDU/CSU)
- Sind nach Kenntnis der Bundesregierung auf europäischer Ebene Novellierungen von Richtlinien oder Gesetzen geplant, die sich auf die Vereinheitlichung von Verpackungskennzeichnungen beziehen, und wenn ja, wann werden diese voraussichtlich in Kraft treten?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

38. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wer nahm an dem ersten Treffen zur Errichtung eines Archivs zu Rechtsterrorismus teil, zu dem die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Anfang November 2022 eingeladen hatte, und aus welchen Teilnehmenden besteht die dort eingerichtete Bund-Länder-Arbeitsgruppe (Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 51, Plenarprotokoll 20/65, Seite 7464c)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

39. Abgeordnete
Dr. Katja Leikert
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Belege hat die Bundesregierung dafür, dass in Deutschland produzierte Dual-Use-Güter ihren Weg nach Russland und in den Iran finden und dort zur Herstellung von Rüstungsgütern benutzt werden, und plant die Bundesregierung weitere Schritte, um dies zu verhindern (www.rferl.org/a/ukraine-russia-drones-iran-western-technology/32115733.html)?
40. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie plant die Bundesregierung, die Wirtschaftlichkeit von Neuinvestitionen in die Verteilnetze, deren Bedeutung als Hauptabnehmer für die vielen dezentralen Quellen erneuerbarer Energien steigt (www.dena.de/themen-projekte/energiesysteme/stromnetze/), zu gewährleisten, wenn an den Regeln der Anreizregulierungsverordnung trotz der aktuellen Inflationssituation festgehalten wird (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 20/4515)?
41. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung ihre Verletzung der gesetzlich festgelegten Frist zur Überprüfung des laufenden sogenannten Kohleausstiegs, die für den 15. August 2022 in § 54 Absatz 1 des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes benannt ist, und zu welchem Zeitpunkt kann mit der Veröffentlichung eines vollständigen Abschlussberichts gerechnet werden (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 20/4631)?

42. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Zu welchem genauen Datum greift das von der Bundesregierung angekündigte Embargo gegen russisches Erdöl, das über Pipelines geliefert wird, und wie ist der konkrete Stand der Verhandlungen mit der Republik Kasachstan über Alternativlieferungen für die PCK Raffinerie GmbH in Schwedt?
43. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie viel Prozent der Haushalte wird nach Schätzung der Bundesregierung bei Einführung der Strompreisbremse von der Bremse profitieren, weil ihr regulärer Vertragspreis oberhalb von 40 Cent je Kilowattstunde liegt, und wie stark wird die durchschnittliche Entlastung für die profitierenden Haushalte sein?
44. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Bürokratiekosten (einschließlich und jeweils differenziert nach Erfüllungsaufwand für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung) für die Einführung der Gas- und Strompreisbremse sowie für die Dezember-Abschlagszahlung?
45. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, Haushalten, die mit Öl oder Pellets heizen, Entlastungen zu gewähren, und wenn ja, welche und in welcher Höhe (bitte unter Angabe der Auszahlungsweise und des Zeitpunkts beantworten)?
46. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Möchte die Bundesregierung nach den Wahlen in Brasilien wieder die Verhandlungen im Mercosur-Abkommen aufnehmen, wenn ja, welche Rolle spielen landwirtschaftliche Erzeugnisse der deutschen Landwirte dabei, und wenn nein, welche Handelsabkommen sollen in naher Zukunft nach Kenntnis der Bundesregierung forciert werden (www.dihk.de/de/aktuelles-und-presse/tdw/suedamerika-im-fokus-marktchance-mercosur-81610)?
47. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Wurden seit dem 25. Juli 2022 (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 20/2931) weitere Investitionsgarantien für Investitionen in der Türkei durch die Bundesregierung bzw. den zuständigen interministeriellen Ausschuss (IMA) genehmigt oder abgelehnt (bitte aufschlüsseln nach Garantievolumen), und wie viele neue Anträge, über die noch nicht entschieden wurde, liegen zurzeit vor (bitte auch hier aufschlüsseln nach Garantievolumen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

48. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse hinsichtlich der in Zusammenhang mit den, aus meiner Sicht derzeit überhandnehmenden Phänomenen sogenannter „Klima-Kleber“, aufgetretenen strafrechtlich relevanten Verhaltensweisen im laufenden Kalenderjahr 2022 (Verfahren mit Tatwurf nach § 240, § 323c Absatz 2 und § 315b des Strafgesetzbuchs), und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung im Hinblick auf konkrete Maßnahmen hieraus (vgl. BZ vom 7. November 2022 – www.bz-berlin.de/berlin/friedrichshain-kreuzberg/klima-kleber-blockieren-wieder-strassen-in-berlin, zuletzt abgerufen am 8. November 2022)?
49. Abgeordneter
**Dr. Michael
Kaufmann**
(AfD)
- Wie hat sich, nach Kenntnis des Auswärtigen Amts, die Zahl von Flüchtlingen aus dem Iran seit der Ermordung der jungen Kurdin am 13. September entwickelt (bitte Zahlen in einer Vorher-Nachher-Betrachtung und aufgeschlüsselt nach Flüchtlingen insgesamt, nach Deutschland Geflüchtete, in andere europäische Länder Geflüchtete angeben)?
50. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung mit einer inhaltlichen Bewertung der offenbar von Dozenten der Polizeiausbildung des Bundes vertretenen Positionen, wie in einer im aktuellen Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2022/2023 erscheinenden Studie unter dem Titel „Ethno-religiöse Brückenköpfe“, „postheroische Handlungseunuchen“ und „die Selbsterhaltung des Volkes in seiner optimalen Form“ (www.xn--jbs-tna.de/media/excerpts/ethno-religiose-brueckenkoepfe-postheroische-handlungseunuchen-und-die-selbsterhaltung-des-volkes-in-seiner-optimalen-form-neurechte-positionen-und-ihre-verbreitungsstrategie-in-den-schriften-des-bundespolizei-professors-stephan-maninger.pdf; <https://taz.de/Neue-Kritik-an-rechtslastigem-Professor/!5896301/>) dargestellt, befasst, und welche Stellen sind in eine wissenschaftliche bzw. etwaig dienstrechtliche Prüfung seitens des Bundesministeriums des Innern und für Heimat eingebunden?

51. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Angaben kann die Bundesregierung zum Sachstand des Verfahrens bzgl. des Antrags auf Aufhebung des Verbots der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland machen, den der Exekutivrat der Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK) im Mai beim Bundesministerium des Innern und für Heimat stellte (vgl. www.heise.de/tp/features/Anwaelte-beantragen-Aufhebung-des-PKK-Verbots-7088942.html), und wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen?
52. Abgeordneter
Dr. Norbert Röttgen
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage der Bundesministerin des Innern und für Heimat, „Wir stehen solidarisch an der Seite der Türkei bei der Bekämpfung des Terrors [...], aber die Reaktionen müssen verhältnismäßig sein“ (Bundesministerin Nancy Faeser, 22. November 2022) im Hinblick auf die zu diesem Zeitpunkt stattfindende und nach allgemeiner Auffassung völkerrechtswidrige Offensive der Türkei in Nordsyrien, die von der Türkei als Terrorismusbekämpfung bezeichnet wird?
53. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung – insbesondere auch im Hinblick auf § 4 Absatz 3 des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrats (NKRK) – aus der Einschätzung, der Zeitplan für die Einführung des sog. Digitalchecks zum 1. Januar 2023 sei kaum mehr zu halten (Handelsblatt vom 22. November 2022, Seite 6, „Das digitale Versagen der Verwaltung“), und wie sieht der aktuelle Zeitplan der Bundesregierung für die Einführung des sog. Digitalchecks aus?

